

Bognár, József

Article — Digitized Version

Ungarische Wirtschaftsreform zur Verstärkung der Ost-West-Kooperation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bognár, József (1968) : Ungarische Wirtschaftsreform zur Verstärkung der Ost-West-Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 6, pp. 331-334

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133854>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ungarische Wirtschaftsreform zur Verstärkung der Ost-West-Kooperation

Prof. Dr. József Bognár, Budapest

In der Ungarischen Volksrepublik ist am 1. Januar 1968 die Wirtschaftsreform in Kraft getreten. Während der Vorbereitungsarbeiten haben Nationalökonom, technische Experten und Funktionäre in aller Offenheit die theoretischen und praktischen Probleme diskutiert, die das sozialistische Wirtschaftsgeschehen im Laufe der Jahre aufgeworfen hat. Warum hat sich das Wachstumstempo seit Beginn der sechziger Jahre merklich verlangsamt? Worauf ist es zurückzuführen, daß die natürlichen Kraftquellen und die Anlage- und Betriebskapitalien mit rückläufiger Effizienz genutzt werden? Welche Faktoren hemmen den technischen Fortschritt? Warum werden laufend Lagergüter produziert, während andererseits der Marktbedarf nicht gedeckt wird? Auf diese und ähnliche Fragen wurde eine befriedigende Antwort gesucht.

Zwangsläufig kam es dabei zur Untersuchung der Rolle, die Preise, Kosten, Markt, Kredit und materielle Ansporn für eine ergiebige Produktion spielen. Wie sich zeigte, weicht die tatsächliche Rolle dieser klassischen volkswirtschaftlichen Mechanismen von jener ab, von der vor nahezu zwei Jahrzehnten bei Ausgestaltung der Wirtschaftslenkungsmethoden ausgegangen worden war. Aus diesem Grunde mußte es zur Ablösung der praktizierten Wirtschaftslenkungsmethoden durch neue kommen, in denen der tatsächlichen Wirkung der Mechanismen unter Berücksichtigung der charakteristischen Eigentumsverhältnisse der sozialistischen Wirtschaft Rechnung getragen wird.

UMFANGREICHER REFORMKATALOG

In der Geschichte der sozialistischen Wirtschaft in Ungarn hat diese Wirtschaftsreform eine neue Epoche eröffnet. Das Planungssystem mit der Erstellung der Plandirektiven bis hinab zur Betriebsebene existiert nicht mehr.

Den Unternehmen wurde das Recht übertragen, in Lohn- und Gehaltsfragen autonom zu entscheiden.

Das auf Planung beruhende System der Gewinnabführung wurde durch ein auf Steuerzahlungen beruhendes System der „Interessiertheit am Gewinn“ abgelöst.

Die kostenlose Nutzung von Kapital und Boden wurde abgeschafft.

Der Eigenfinanzierung wurde grünes Licht gegeben. Neuerdings können die Unternehmen zur Finanzierung ihrer Investitionen auch Bankkredite in Anspruch nehmen.

Das neu eingeführte System der Preise ist eine Kombination aus staatlich fixierten Fest-, Höchst- und Konkurrenzpreisen.

Die Produktionsbetriebe rücken näher an den Markt heran. Sie richten Absatzorganisationen und Marktforschungsabteilungen ein und haben größere Entscheidungsfreiheit darüber, was, wie und an wen sie verkaufen und wo sie ihren Bedarf decken.

Der ins Leben gerufene Investitionsgütermarkt wird verhältnismäßig wenigen Beschränkungen unterworfen sein.

Der Wettbewerb zwischen den sozialistischen Unternehmen soll zur Stärkung ihrer Marktposition gefördert werden.

Über ein neues System der Devisenverrechnung soll eine engere Verknüpfung des Inlandsmarktes mit den Auslandsmärkten erreicht werden.

START MIT LIMITIERENDEN BEDINGUNGEN

Die Reform kann jedoch nicht in revolutionärer Weise, also über kurzfristige radikale Änderungen durchgeführt werden. Der gegenwärtigen Struktur und Effizienz der Wirtschaft sowie ihrem technischen Niveau muß Rechnung getragen werden. Die neuen Regulative, die Unternehmen, gesellschaftliche Gruppen oder auch Einzelpersonen zu rationellem Handeln anhalten sollen, beeinflussen das makroökonomische Gleichgewicht entscheidend. Um die gewiß auftretenden Gleichgewichtsstörungen in einem tolerierbaren Rahmen zu halten, müssen die Neuerungen schrittweise eingeführt werden.

Exportverpflichtungen und Warenaustauschproportionen aus der Vergangenheit müssen in der ersten Periode erfüllt bzw. geduldet werden, obwohl das Programm für die Zukunft Umstellungen in der Struktur des

Außenhandels vorsieht. Auch muß die Erzeugung bestimmter Engpaßgüter trotz der freien Unternehmensprogrammierung noch vorgeschrieben werden. Ebenso muß die Amortisation der in großem Umfang bereits angelaufenen Investitionen in den Unternehmen zum Teil noch begrenzt werden. Die Lohn- und Gehaltsregelung ist zwar in die Kompetenz der Unternehmen übergegangen, doch darf der Durchschnittslohn 1968 um höchstens 4% steigen, und auch die Gewinnsteuer liegt vorerst noch über dem endgültigen Tarif. Die zur Produktion erforderlichen Rohstoffe können frei angeschafft werden, für einzelne Produkte bleibt jedoch der Beschaffungsweg vorgeschrieben. Schließlich werden einige behördliche Preisbindungen, die unter besseren Verhältnissen hätten aufgehoben werden können, beibehalten. Außerdem werden die Güter, bei deren Erzeugung das sonst übliche Maß der Rentabilität noch nicht erreicht ist, außenwirtschaftlich gestützt.

DIE NOTWENDIGKEIT DER BESCHRÄNKUNGEN

Sicherheitsmaßnahmen in geringerem Umfang wären nur beim Vorhandensein großer Devisen-, Rohstoff- und Kapazitätsreserven möglich gewesen. Unter den gegebenen Umständen war es jedenfalls richtiger, die Wirtschaftsreform mit den zu ihrer Einleitung erforderlichen Reserven anlaufen zu lassen. Dies im festen Vertrauen darauf, daß das neue System mindestens jene Energien mobilisieren wird, deren es bedarf, um die nicht durch Reserven gesicherten nächsten Schritte tun zu können. Das aber bedeutet, daß der gesunde Wirtschaftskreislauf alle jene Beschränkungen aus sich heraus beseitigen wird, die in der gegenwärtigen Lage notwendig sind.

Die noch bestehenden Beschränkungen sind als Sicherheitsmaßnahmen deshalb erforderlich, weil niemand genau voraussehen kann, wie groß die Energien sein werden, die die Reform frei machen wird, und zu welchem Zeitpunkt mit ihrem Wirksamwerden gerechnet werden kann. Wenn nämlich die ökonomischen Regulativmaßnahmen das makroökonomische Gleichgewicht zu schnell stören — d. h. noch bevor die besagten Energien auf dem mikroökonomischen Gebiet mobilisiert sind —, kann sich ein schweres Ungleichgewicht einstellen. Das aber führt in eine Zwangslage, in der nicht die Entfaltung neuer Energien, sondern die Behebung des Mangels die ökonomische Hauptsorge bilden würde.

DIE ABHÄNGIGKEIT UNGARNS VOM AUSSENHANDEL

Die Wirtschaftsreform ist in jeder Hinsicht von der Erkenntnis durchdrungen, daß die Entwicklungsmöglichkeiten der ungarischen Volkswirtschaft weitgehend von internationalen Wirtschaftsbeziehungen abhängen. Schon heute tragen die Exporte mit 40-42% zum Volkseinkommen bei; 50% des Rohstoffbedarfs der Industrie werden im Ausland gedeckt. Ein Anwachsen

des Volkseinkommens um 1% war im Durchschnitt der letzten fünf Jahre mit einem Ansteigen der Importe um 2% verbunden. Ohne eine intensivere und wirtschaftlichere Einschaltung in die internationale Arbeitsteilung ist das grundlegende Ziel der Reform, die Steigerung der volkswirtschaftlichen Effizienz, nicht zu erreichen. Während einerseits der Import des know-how hochentwickelter technischer Verfahren erhöht werden muß, sind andererseits ausgedehnte Ausfuhrmöglichkeiten für ungarische Erzeugnisse zu suchen.

Zwischen den sozialistischen Ländern Europas hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine intensive wirtschaftliche Zusammenarbeit entfaltet. Dieser Integrationsprozeß wurde durch die Diskriminierung der östlichen Länder durch die westlichen Wirtschaftsmächte beschleunigt. Heute exportiert Ungarn etwa 80% seiner Industrieerzeugnisse in die sozialistischen Länder und deckt dort ca. zwei Drittel seines Rohstoffbedarfs. Zum Erlös eines Rubels müssen weit geringere Leistungen erbracht werden als zum Erlös eines Dollars.

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist für seine Mitgliedstaaten ebenso eine Realität, wie die westeuropäische Integration es für ihre Mitglieder ist. So selbstverständlich für Ungarn die gewichtige Rolle des RGW ist, so notwendig ist auch die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern. Dabei hat die Wirtschaftsreform die Aufgabe, die in der westlichen und östlichen Welt bestehenden unterschiedlichen Wirtschaftssysteme auf dem Markte zusammenzubringen. Es gibt keine Technik des Warenaustausches, die in beiden Wirtschaftssystemen gleichermaßen praktiziert werden kann. In entsprechender Atmosphäre und mit dem guten Willen aller Beteiligten ließe es sich aber erreichen, daß die Länder mit unterschiedlichen Markttypen bei der Ausgestaltung ihrer Handelstechnik auf die Interessen der Partnerländer Rücksicht nehmen. Durch die Wirtschaftsreform haben die ungarischen Unternehmen eine größere Beweglichkeit im Hinblick auf Markterfordernisse erhalten. Im Zusammenspiel mit der tiefgreifenden Umstellung der Außenhandelsorganisation sollte das einer gesunden und für beide Seiten vorteilhaften Ausweitung des Westhandels förderlich sein.

FÖRDERUNG DES OST-WEST-HANDELS

So sehr die Aufhebung der Diskriminierung oder die Liberalisierung den notwendigen ersten Schritt bilden müßte, für sich allein sind sie zur Lösung der bestehenden Probleme nicht geeignet. Der Außenhandel von heute besteht nicht mehr allein aus dem Austausch von Gütern, sondern aus einem Geben, Nehmen und Vereinigen von Fähigkeiten, Kapazitäten und wissenschaftlichen Errungenschaften zur Erreichung bestimmter Ziele. Die Verhandlungspartner wollen

einen Nutzen (Gewinn) erzielen, den sie ohne den betreffenden Tausch nicht realisieren könnten. Der Schlüssel zur wahren Dynamik des Welthandels von heute liegt deshalb nicht im traditionellen Warenaustausch, sondern in der Kooperation der gemeinsamen Interessen.

Es darf nicht übersehen werden, daß die Kooperation im weiteren Sinne im Gegensatz zum einfachen Gütertausch, der sich seinem Wesen nach auf einen einzigen kurzfristigen Akt beschränkt, den erhofften Gewinn erst nach Ablauf mehrerer Jahre abwirft. Aus diesem Grunde müssen beide Kontrahenten die Gewähr haben, daß der Partner sein Verhalten und seine Einstellung zur Kooperation nicht „unterwegs“ ändert. Über die ECE, die Wirtschaftskommission der UN für Europa, könnten gegenseitige Garantien gegeben werden, daß die eingeschlagene Wirtschaftspolitik auch dann beibehalten wird, wenn in der internationalen politischen Konstellation Änderungen eintreten sollten. Daneben ist beispielsweise die Bildung bi- oder multilateraler Konsultativausschüsse oder die Gründung einer Ost-West-Bank zwecks Multilateralisierung der Zahlungen denkbar. All das wären Möglichkeiten, um die Anwendung der neuen Handelsmethoden zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsordnung zu fördern.

DIE MÖGLICHKEITEN EINER KOOPERATION

Die bisher verwirklichte Form der Kooperation zwischen Ost und West ist mit Emile Benoit — Professor an der Columbia-Universität — „Technik für Arbeit“ zu nennen. Da der westliche Partner nur um den Preis neuer Investitionen und eines weiteren Arbeitskräfteimports in der Lage gewesen wäre, seine Produktion zu steigern, erschien es einfacher und billiger, die Produktion in ein sozialistisches Land zu verlagern, das den technologischen Anforderungen genüge und über den erforderlichen Arbeitskräfteüberschuß verfügte. Als Beispiel ist hier die Zusammenarbeit von Grundig mit dem polnischen Unternehmen Universal in der Erzeugung von Tonbandgeräten anzuführen.

Denkbar sind darüber hinaus Vereinbarungen über Spezialisierungen in dem Sinne, daß etwa der westliche Partner die größere Ausführung eines Projektes (Maschinen, Einrichtungen und dergleichen), das Unternehmen im sozialistischen Lande hingegen den mittelgroßen und kleinen Typ des gleichen Produktes baut. Erfolgversprechend scheint weiterhin jene Art der Zusammenarbeit, bei der der westeuropäische Partner das vom Kunden gewünschte — meist arbeitsintensive — Finish an Großserienprodukten einem Unternehmen in einem osteuropäischen Land überträgt.

Große Bedeutung könnte schließlich die Kooperation auf Drittmärkten erlangen, wenn osteuropäische Unternehmen in die Lage versetzt werden, sich an Gemeinschaftsinvestitionen in Ländern der Dritten Welt

zu beteiligen. Kooperationen dieser Art müßten sich je nach Fall und Bedarf auch auf systematische Konsultationen in Produktionsfragen, Kreditfinanzierung, Marktforschung und Aquisition, wissenschaftliche Forschung, Heranbildung von Fachleuten usw. erstrecken.

KAPITALEXPORTE IN OSTEUROPAISCHE LÄNDER

In den letzten anderthalb Jahrzehnten hat sich als Methode der Übertragung einer höher entwickelten Technik an Stelle des Erwerbs von Fertigungslizenzen mehr und mehr der Kapitalexport eingebürgert (Gründung von Tochtergesellschaften). Daraus folgt, daß sich auch die osteuropäischen Länder nicht auf den Erwerb von Lizenzen beschränken können, würden sie in diesem Falle doch Tempoverluste in jedem Industriezweig erleiden, dessen Technologie bei ihnen nicht weit genug fortgeschritten ist.

**EUROPA
VERKEHR**

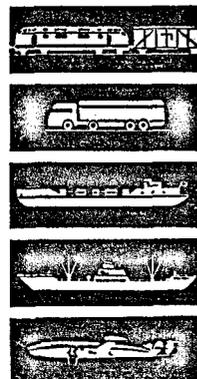
European Transport · Transports Européens

Fachzeitschrift für den gesamten Verkehr

Erscheint als internationales Organ mit Zusammenfassungen in französischer, englischer, italienischer, spanischer, schwedischer und russischer Sprache.

Wendet sich an Verkehrsträger und Verkehrsnutzer gleichermaßen.

International anerkannte Fachleute schreiben über Verkehrs-, Transport- und Umschlagtechnik, ebenso aber auch über Planung und Bau moderner Verkehrsanlagen.



EUROPA VERKEHR ist daher zugleich ein vorzüglicher Werbeträger für alle Bereiche des Verkehrs- und Transportwesens.



**Otto Elsner Verlagsgesellschaft
61 Darmstadt**

Postfach 4014, Ruf (06151) 7 56 30, Telex 04 189378

Die Kooperation im weiten Sinn scheint indessen eine geeignete Methode zur Beschleunigung des technischen Fortschritts darzustellen. Der westliche Partner muß sich nur mit Abweichungen von den in der westlichen Welt üblichen Methoden abfinden. Hieraus erwachsen ihm weder Nachteile, noch muß er auf seinen Nutzen verzichten. Ist die Kooperation mit der Gewährung eines Kredits verbunden, erhält der westliche Partner die den internationalen Finanzgepflogenheiten und dem gegebenen Fall entsprechenden Zinsen, während der gemeinsam erzielte Gewinn nach den zuvor gemeinsam festgelegten Bedingungen zur Verteilung gelangt. Hierüber hinausgehende Konstruktionen wären offenbar auch den Interessen des westlichen Partners nicht dienlich, würde ihn doch die eigene Tätigkeit in einem der sozialistischen Länder mit Regeln, Vorschriften, Institutionen und Situationen konfrontieren, die für ihn ganz ungewöhnlich sind. Im übrigen ist es allgemein bekannt, daß Kooperationen mit westlichen Unternehmungen nicht nur von ungarischen Betrieben als erstrebenswert angesehen werden, daß sie vielmehr auch vom Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe empfohlen wurden.

WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die wichtigsten Auftriebskräfte für den technischen Fortschritt kommen von der wissenschaftlichen Forschung und von der wirtschaftsorganisatorischen Fähigkeit her, die sich in dem beispiellos dastehenden Tempo der industriellen Applikation wissenschaftlicher Erkenntnisse spiegelt. Deshalb sind sowohl die sozialistischen als auch die westlichen Länder Europas gleichermaßen bestrebt, einerseits die wissenschaftliche Forschung zu intensivieren, andererseits die Wechselbeziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu festigen. Indes ist heute kein Land imstande, sämtliche Zweige der Wissenschaft zu pflegen und die verschiedenen Probleme ausschließlich im nationalen Rahmen zu lösen. Aus diesem Grunde sind die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, die Organisation gemeinsamer Forschungen und die ge-

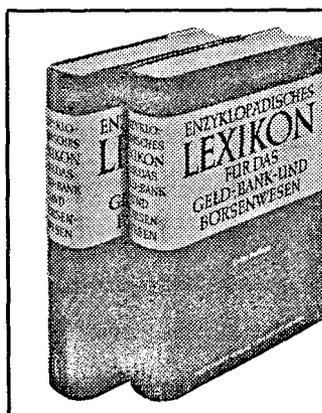
meinsame Nutzung ihrer Resultate, die gemeinsame Heranbildung junger Fachkräfte und die gemeinsame Auswertung der unterschiedlichen wissenschaftlichen Schulen und ihrer Ergebnisse notwendig.

Es liegt auf der Hand, daß kombinierte Forschungen von Ost und West viele neue und nützliche Ergebnisse zeitigen könnten. Die europäischen sozialistischen Länder verfügen über ein weites Netz vorzüglich organisierter und auf die Tätigkeit hervorragender Wissenschaftler aufgebauter Forschungsanstalten.

Es steht zu erwarten, daß sich im Zuge der gemeinsamen Arbeit von Forschern kapitalistischer und sozialistischer Länder ein gesunder Ausgleich finden lassen wird zwischen der auf Erforschung und bessere Erkennung der Welt abzielenden ewigen menschlichen Unruhe einerseits und jenen Intentionen andererseits, die das menschliche Leben sofort verbessern und die wirtschaftlichen Erfolge erzwingen wollen.

DIE SCHAFFUNG NEUER GEMEINSAMER INTERESSEN

Die Vorbereitung der Wirtschaftsreform ging von der Annahme aus, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West sei eine nützliche Sache oder könne doch durch umsichtige und koordinierte Maßnahmen zu einer solchen gemacht werden. Kein Zweifel, ihrem heutigen Umfang nach sind diese Beziehungen alles andere als intensiv zu nennen. Denn sie erfassen nur 3,6-4,0 % der Jahresaußenhandelsumsätze der entwickelten westlichen Länder. Und auch ihre Formen sind zu einem bedeutenden Teil veraltet und unzeitgemäß. Durch zielbewußte und koordinierte Maßnahmen müssen also Verhältnisse geschaffen werden, in denen sich die neuen Interessen entfalten können. Änderungen herbeizuführen bedeutet soviel wie „neue Interessen schaffen“. Offenbar wird das Aufkommen neuer Interessen auch zu einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen führen, die schließlich ihrerseits durch das Wirken vieler neuer Unternehmungen rasch immer neue Bereiche erfassen werden.



... das Nachschlagewerk für die kommenden Jahre:

Enzyklopädisches Lexikon für das Geld-, Bank- und Börsenwesen

3. völlig neu bearbeit. Auflage, 2 Bde., zus. 3600 Spalten, Ln. DM 142,-,
Hldr. DM 149,- pro Bd. Band 1 liegt vor, Band 2 Mitte 1968. Der Kauf des
1. Bandes verpflichtet auch zur Abnahme von Band 2 des Lexikons.

FRITZ KNAPP VERLAG, 6 FRANKFURT